# Nebraer Anzeiger

**Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra**

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 79 — Sonnabend, den 7. Juli 1928 — 41. Jahrgang


## „Beamtenknigge."

Der neue Reichsarbeitsminister hat einen Erlaß an seine Beamten herausgegeben. Das würde in der Hauptsache nur diese Beamten interessieren, wenn dieser Erlaß nicht eine Angelegenheit betreffen würde, an der viel weitere Kreise großes Interesse hätten. Diese Kreise sind nämlich — das „Publikum", weil der Erlaß eine Art „Beamtenknigge" darstellt. Den „Umgang der Behörden mit Menschen" behandelt. Und diese „Menschen" werden „behördlicherseits" als „Publikum" zu einem Begriff und — bisweilen — zu einer sehr unangenehmen Erscheinung gemacht.

Friedrich der Große hat einmal gesagt, er fühle sich als erster Diener des Staates. Man könnte dieses Wort variieren und — als „Publikum" — in den Wunsch umstellen, daß jeder Beamte sich als Diener dieses Publikums fühlen sollte. Daß alle Beamten, gleichgültig, ob hoch oder niedrig, ihren alleinigen Daseinszweck darin erblicken, Diener zum Wohle aller zu sein. Daß sie immer daran denken — und demgemäß auch danach handeln —, für die anderen, für alle Staatsbürger da zu sein und zu arbeiten.

„Nur nichts mit den Behörden zu tun haben" — dieses Wort hört man auch heute noch sehr oft. Möge es bald verschwinden! Der Beamte ist Repräsentant der Staatsmacht und Staatsgewalt, in ihm verkörpern sich die Rechte des Staates, durch seinen Mund oder durch seine Feder treten die Forderungen des Staates an seine Bürger heran. Unerbittliche, teilweise auch unangenehme Forderungen, denen man ächzend und seufzend nachzukommen hat. Ganz unleidlich aber wird es, wenn diese Forderungen noch in einer Art und Form gestellt werden, die den nichtbeamteten Staatsbürger sozusagen als „Objekt der Regierung" behandeln.

„Hilfsbereites Eingehen auf Fragen und Wünsche fördert die Sache," heißt es in dem Erlaß — aber ein Erlaß bleibt nur auf dem Papier stehen, wenn der Beamte sich nicht als Diener des Publikums fühlt. Und das Publikum nicht schließlich zur Behörde geht in dem Bewußtsein, dort gerne und willig Rat, Hilfe und Unterstützung zu finden. Erfreulicherweise darf man sagen, daß diese Bereitwilligkeit, dieses Entgegenkommen, dieses „Dienen dem Publikum gegenüber" sich in unserer Behördenorganisation schon weitgehend durchgesetzt hat, aber — der Beamte ist schließlich auch bloß ein Mensch. Seine Tätigkeit ist Menschenwerk mit allen Fehlern und Mängeln. Wen aber die Sorge drückt, wer um sein Dasein ringt, vergißt im Verkehr mit den Behörden vielleicht hier und da einmal, daß seine Sorge, sein Einzelschicksal nicht allein Gegenstand behördlicher Bearbeitung ist, sondern, daß viele, viele andere in der gleichen Lage sind. Dann kommt es zu Zusammenstößen, erregten Szenen, Schroffheiten — auf beiden Seiten. Und wenn erst der „Krach" da ist, dann schadet es auch wieder beiden Seiten.

Eigentlich brauchte der „Beamtenknigge" nur den einen Satz zu enthalten, daß nämlich der Beamte mit dem Publikum so verkehrt, wie es auch sonst im Leben selbstverständlich ist. Dem Fragenden und Ratsuchenden so gegenübertritt, wie er wünscht, selbst als Fragender oder als Ratsuchender, als Wünschender, und Entscheidungsuchender behandelt zu werden. Dann würde unangenehme Kürze und Schroffheit leicht vermieden werden. „Psychologische" Behandlung dessen, der an den Schreibtisch des Beamten herantritt, ist eine Selbstverständlichkeit, die nur den Nachteil hat, im Massenbetrieb heutiger Behördenarbeit oft unbeachtet zu bleiben. Obwohl es sich gar häufig dabei um Schicksalsentscheidungen handelt.

Auch auf den „Schriftverkehr" geht der Erlaß des Reichsarbeitsministers ein. „Nichts erbittert mehr als langes Warten auf Entscheidung, besonders auf fällige Zahlung." Davon können viele, viele ein lautes Klagelied singen — aber der objektiv Urteilende wird nicht vergessen, welch ungeheuerlichen Umfang die Behördenarbeit von heute angenommen hat. Daß sie täglich höher anschwillt. Die Beamten selbst sind daran nicht schuld oder nur zu geringerem Teil und mancher von ihnen mag darüber stöhnen, daß allzuviel „regiert" wird, die Behörden ihre Hände in all und jedem haben müssen, die Arbeit infolgedessen kaum zu bewältigen ist. Eine wirkliche Reform sollte hier den Hebel ansetzen und z. B. einmal sämtliche Polizeiverordnungen auf ihre heutige Zweckmäßigkeit und Entbehrlichkeit prüfen, wie das zurzeit in Berlin geschieht. Dann wird sich vieles, vieles ändern. Wird das endlose und maßlose Schreibwerk wirklich und nicht bloß „auf Grund einer behördlichen Verordnung" mindern.

## Große Aussprache im Reichstag.

**Reservierte Haltung der Redner.**

**Berlin, 4. Juli.**

Selbst die lebhafteste Schreibseligkeit kann sich unmöglich zu der Behauptung aufschwingen, der Beginn der Aussprache zur gestrigen Regierungserklärung habe an dieses immerhin etwas turbulente Ereignis eine aufrüttelnde Fortsetzung geknüpft. Die bisher zum Wort gekommenen Redner waren sichtlich bestrebt, kühlen Kopf und kühles Herz zu bewahren. Man will abwarten. Während draußen ein Gewittersturm über Berlin hinbrauste und die Bäume des das Reichstagsgebäude umgebenden Tiergartens derartig drangsalierte, daß sie baumstarke Zweige verloren und diese in solcher Fülle um das Gebäude herumstreuten, daß es aussah, als ob der Wald von Dunsinan gegen das Hohe Haus heranrückte, blieben die Gemüter im Saale friedlich gesinnt. Die Nationalsozialisten erhoben zwar flammenden Protest gegen die Beschränkung der Redezeit für die nicht fraktionsstarken Gruppen und Grüppchen, mußten sich aber dem Entscheid der Mehrheit fügen, obwohl einer ihrer Leute auf die Bemerkung vom Präsidentenstuhl aus, es sei so auch vor 1914 verfahren worden, verwundert fragte, warum denn eigentlich eine Revolution gemacht worden sei.

Präsident Löbe erklärte dann im Anschluß an einige Zeitungsauseinandersetzungen die Stellung der drei Vizepräsidenten des Reichstages als durchaus gleichwertig und gleichgeordnet und stellte ferner unter heiterer Zustimmung fest, daß das Niederlegen von irgendwelchen — wenn auch nützlichen — Gegenständen auf den Tisch des Hauses ohne vorherige Erlaubnis des amtierenden Vorsitzenden einen groben Verstoß gegen die gebotene Ordnung darstelle. Das bezog sich auf das Unternehmen der Kommunisten am Vortage, die ein Seifenpaket zur „Reinigung der Regierung" herangeschleppt hatten.

Nun hob Abgeordneter Breitscheid von der im Kabinett präsidierenden Sozialdemokratie an, seiner Meinung Ausdruck zu geben. Er gab freimütig zu, es handele sich bei dem Regierungsprogramm tatsächlich um ein Kompromiß, zu dem sich die Sozialdemokratie, die allein noch nicht stark genug sei, im Interesse Deutschlands verstanden habe, um so das Beste für die Arbeiterschaft unter den gegebenen Verhältnissen herauszuholen.

Graf Westarp, der Führer der Deutschnationalen, fand trotz wohlabgewogener Redeweise charakteristische Wendungen genug, um sein Mißtrauen gegenüber dieser sechzehnten Regierungserklärung seit dem Bestehen der Republik deutlich werden zu lassen. Die Not der Landwirtschaft fand in ihm einen besonders warmempfindenden Schilderer. Hier forderte er Taten und verwies auf die Bestrebungen des vorigen Kabinetts, dessen der neue Kanzler ganz und gar vergessen hätte in seiner Antrittsrede, ebenso wie des schwer leidenden Ostens. Für die Erhaltung der christlichen Schule richtete er Mahnworte an das mit den Sozialdemokraten jetzt zusammengehende Zentrum und die Deutsche Volkspartei. Beifall bei seinen Freunden fand er bei der ironischen Bemerkung, die Regierungserklärung käme ihm vor wie manche moderne Operette — viel verwaschene Melodien, wenig Neues und Originelles.

Für das Zentrum selbst verlas Dr. Perlitius eine wohlabgewogene schriftliche Erklärung, die vorsichtig über zurückhaltende Sätze nicht hinausging. Ein neuer Mann der Kommunisten, Ewert-Thüringen, trug mit manchen Spitzen gegen die sozialdemokratischen Halbbrüder das kommunistische Dogma vor, dann sprach der Volksparteiler Scholz, dem die Anzahl der Minister als zu groß erscheint.

*

Abg. Dr. Haas (Dem.) bedauert die Methoden, nach denen bei der Bildung der neuen Regierung gearbeitet worden sei. Die Demokratische Partei sei mit dem Inhalt der Regierungserklärung einverstanden und begrüße die klaren Erklärungen zur Außenpolitik.

Abg. Drewitz (Wirtschaftspartei) wies den Vorwurf zurück, daß die Wirtschaftspartei vor der Übernahme der Verantwortung sich hätte drücken wollen. Abg. Leicht (Bayr. V.) wies darauf hin, daß die Regierung kein Koalitionskabinett sei, so daß die Mitglieder der in ihr vertretenen Parteien nicht in ihrer Haltung gebunden seien. Abg. Döbrich (Christl.-Nationale Bauernpartei) begrüßt die Anerkennung der landwirtschaftlichen Notlage im Regierungsprogramm. Die völlige Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents dürfe jedoch nicht länger aufgeschoben werden. Von den Deutschnationalen ist ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingegangen, der auf die Tagesordnung für Donnerstag gesetzt wird.

## 261 Stimmen für Kabinett Müller.

**Deutscher Reichstag.**

(6. Sitzung.) CB. Berlin, 5. Juli.

Präsident Löbe teilte mit, daß weitere Reichstagsausschüsse für die Liquidations- und Verdrängtenschäden, für die besetzten Gebiete und für die Ostfrage eingesetzt werden sollen. Ferner hat der Ältestenrat beschlossen, alle zur politischen Aussprache gestellten Anträge, auch den nationalsozialistischen Vertrauensantrag für zulässig zu erklären, worüber man am Vortage noch zweifelhaft war. In Fortsetzung der politischen Aussprache nahm dann sofort

### Reichskanzler Müller

das Wort. Er erklärte, er hätte, als er die Geschäfte der Reichskanzlei übernommen habe, seinem Vorgänger den Dank dafür ausgesprochen, daß er zu wiederholten Malen mit Einsatz aller Kräfte die Regierungsgeschäfte geführt habe. Er wiederhole hier diesen Dank nochmals, wisse aber nicht, ob es notwendig sei, einen Brauch, der in parlamentarisch regierten Ländern nicht üblich sei, aufrechtzuerhalten. Dann sei das Wort national in der Regierungserklärung vermißt worden. Erstens sei tatsächlich von der Förderung nationaler Interessen die Rede und zweitens diene die Erklärung der Reichsregierung der Förderung der Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft. Das Wort deutsch müsse genügen und bedürfe nicht der Unterstreichung durch national. Zu den Anregungen des Abg. Scholz auf eine

**Zusammenlegung von Ministerien**

erklärte der Kanzler, es werde geprüft werden, was auf diesem Gebiete geschehen könne. Es liege nicht im Interesse des Landes, so fuhr der Kanzler fort, wenn es so dargestellt werde, als wäre die Weimarer Verfassung etwas total Verfehltes gewesen. Das deutsche Volk hätte unter dieser Verfassung alle Putsche von rechts und links niedergekämpft, es hätte die Eingriffe der Föderalisten im Westen abgeschlagen und die Inflation überwunden. (Beifall bei der Mehrheit.) Die Verfassung habe sich so bewährt, daß sie nicht so schlecht sein könne, wie sie oft gemacht werde. In seiner außenpolitischen Kritik, so fuhr der Kanzler fort, habe Graf Westarp eine klare Stellungnahme zu dem Programm vermißt, das er als

**Krisis der Locarnopolitik**

bezeichnet. Es handele sich dabei um nichts anderes als um Räumung der besetzten Gebiete und hier habe die Regierungserklärung klar und unzweideutig den deutschen Standpunkt klargelegt. Auch die von drei Seiten gemachten Versuche, in das Rheinlandprogramm hineinzureden, seien in nicht mißzuverstehender Weise zurückgewiesen worden. Er müsse auch den Vorwurf zurückweisen, als sei man ängstlich der Behandlung der Ostfragen ausgewichen. Es sei bestimmt betont worden, daß der bisherige Kurs in der Außenpolitik weiterverfolgt würde. Es bestünde deshalb kein Grund, anzunehmen, daß in der

**Frage des Ostlocarnos**

der bisherige Standpunkt verlassen werde. Der oberschlesischen Schulfrage werde die Regierung sich selbstverständlich mit großem Interesse annehmen. Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag werde das Kabinett in der nächsten Woche unter Hinzuziehung der bisherigen Unterhändler Stellung nehmen. Bezüglich des

**Panzerkreuzers A**

verwies der Kanzler auf die von der vorigen Regierung akzeptierte Reichstagsentschließung, wonach vor dem 1. September nochmals geprüft werden soll, ob nicht wegen mangelnden Gleichgewichts im Haushalt eine Einschränkung der Ausgaben notwendig sei und der Weiterbau des Panzerkreuzers vorläufig eingestellt werden müsse. Die Entscheidung läge also bei der Reichsregierung und der Wehrminister werde sich wegen Prüfung der Kostenfrage rechtzeitig mit dem Finanzminister in Verbindung setzen. Daß die Einbringung eines Schulgesetzes nicht so einfach sei, hätte das Auseinanderfallen der letzten Reichsregierung bewiesen. Es bestünden keine Zweifel, daß jede Reichsregierung gewillt sein müsse, ein der Verfassung entsprechendes

**Schulgesetz**

vorzulegen. Über Einzelheiten könne erst gesprochen werden, wenn die notwendigen Vorarbeiten geprüft seien. Der Kanzler erklärte zum Schluß, die Regierung sei für jede sachliche Kritik dankbar. Sie bitte, ihr genügend Zeit zu geben, um an die Verwirklichung der in der Regierungserklärung formulierten Aufgaben heranzugehen. Sie werde das tun in dem Bewußtsein, ihre ganze Kraft einsetzen zu müssen für das Wohl des deutschen Volkes.

Abg. Dr. Oberfohren (Dtn.) erklärte, von allen Verlegenheiten, die in der Regierungserklärung vorhanden gewesen seien, sei die stärkste wohl die gewesen, daß der Reichskanzler behauptet habe, diese Regierung stände nunmehr auf festgefügtem Grunde. Der Redner besprach dann Steuerfragen und warnte vor Steuersenkungen, die meist große Gefahren für den Etatsausgleich zur Folge hätten. Eine Sanierung der deutschen Finanzverhältnisse sei nicht eher möglich, als bis nicht das Mißverhältnis aus der Welt geschafft werde, daß diejenigen, die Steuern beschlössen, sie nicht zu bezahlen brauchten. Die

**Steuerbelastung der mittleren Volksschichten**

sei allerdings zu einer Gefährdung der deutschen Kultur geworden. Der Redner forderte, daß vor allem mit dem Staatssozialismus endlich Schluß gemacht werde. Der internationalen Solidarität stelle die Deutschnationale Volkspartei die Idee der Volksgemeinschaft entgegen, die von heißem Freiheitsdrang und heißer Freiheitsliebe erfüllt sei und die Eigenwirtschaft des Volkes sichern wolle.

### Finanzminister Dr. Hilferding

wandte sich dann gegen die deutschnationale Behauptung, daß Helfferich die deutsche Währung gemacht habe. Aus politischen Gründen, um die Unterstützung der Landwirtschaft und auch der Deutschnationalen Partei zu erhalten, hätte er sich damals auf Kompromisse mit Helfferich eingelassen. Er hätte aber das Projekt Helfferich grundlegend geändert und insbesondere den gefährlichen Gedanken der Anknüpfung des Goldwerts an den Roggenwert beseitigt. Die Stabilisierung hätte erst vorgenommen werden können, nachdem die Ruhrkredite schon vermindert und dann völlig eingestellt worden seien. Während der Rede des Ministers machten die Kommunisten

**wiederholt stürmische Zwischenrufe,**

die den Präsidenten Löbe zu zahlreichen Ordnungsrufen an kommunistische Abgeordnete veranlaßten.

Abg. Straßer (Nat.-Soz.) nannte den 28. Juni den Schicksalstag des deutschen Volkes. Am selben Tage sei der Mord von Serajewo geschehen, hätte Reichskanzler Müller das Todesurteil Deutschlands unterschrieben und am gleichen Tage sei er wieder Reichskanzler geworden. In der Regierungserklärung hätte man nichts weiter gehört, als daß sich die Regierung für

**Verbrecher, Mörder und Lumpen**

einsetzen wolle durch Aufhebung der Todesstrafe und daß sie das deutsche Volk herausfordern wolle, um den Tag, an dem die Barmat-Republik geboren wurde, zu feiern. (Präsident Löbe erklärt, für die Bezeichnung „Barmat-Republik" erteile er dem Redner einen Ordnungsruf.) Der Redner begründete dann die Einbringung des Vertrausvotums für das Kabinett. Als er den Reichsfinanzminister einen in Ostgalizien geborenen negroiden Juden nannte, erhob sich bei den Sozialdemokraten

**ein Entrüstungssturm.**

Präsident Löbe erklärte, daß es sich hier um eine ungewöhnliche Beschimpfung eines Kabinettsmitgliedes handle, infolgedessen er den Abg. Straßer von der Sitzung ausschließe. Unter allgemeiner Unruhe verließ der Abgeordnete den Sitzungssaal.

Abg. Alpers (Deutsch-Hann.) wandte sich gegen die Zentralisierungsbestrebungen im Reiche und gegen die preußische Hegemonie.

Abg. Hillebrand (Deutsche Bauernpartei) sagte Unterstützung der Regierung bei allen Maßnahmen zu, die zugunsten des Bauernstandes getroffen werden sollten.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Dtn.) erklärte, es sei seiner Fraktion infolge Beschränkung der Redezeit nicht mehr möglich, auf die Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding einzugehen. Damit schloß die Aussprache.

### Die Abstimmung.

Zur Abstimmung lagen der kommunistische und der deutschnationale Mißtrauensantrag, der Billigungsantrag der Re-


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280707-12/fragment/page=0001

gierungsparteien und der nationalsozialistische Vertrauensantrag vor. Über die Reihenfolge der Abstimmung entspann sich eine längere Geschäftsordnungsaussprache, wobei Präsident Löbe erklärte, daß er die Entscheidung darüber, ob zunächst über den Vertrauens- oder den Billigungsantrag abzustimmen sei, dem Hause überlasse.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Dtn.) stimmte der Forderung der Nationalsozialisten, über den Vertrauensantrag zuerst abzustimmen, zu. Von den Nationalsozialisten wurde schließlich namentliche Abstimmung über die Frage der Reihenfolge beantragt. Dieser Antrag wurde auch von den Deutschnationalen unterstützt. In dieser namentlichen Abstimmung stimmten Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten für die Priorität des nationalsozialistischen Antrags. Die Wirtschaftspartei enthielt sich der Stimme. Der Antrag wurde schließlich mit 266 gegen 131 Stimmen bei 24 Enthaltungen abgelehnt.

### Annahme des Billigungsantrages.

Der Billigungsantrag der Regierungsparteien, der lautete: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und geht über alle anderen Anträge zur Tagesordnung über, wurde mit 261 gegen 134 Stimmen bei 28 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Kommunisten, die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Christlich-nationalen Bauern. Die Wirtschaftspartei und einige kleine Gruppen hatten sich der Stimme enthalten.

Damit waren die Mißtrauensanträge und der Vertrauensantrag der Nationalsozialisten erledigt. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag Dr. Frick (Nat.-Soz.) angenommen, der die Reichsregierung ersucht, die gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland im Sinne und mit dem Ziele des Abschlusses einer deutschen und deutsch-österreichischen Zoll- und Wirtschaftsunion zu führen.

Das Haus vertagte sich darauf auf Dienstag.

## Gegen Polens Entdeutschungspolitik.

Beschlüsse des Ostmarkenvereins.

Die Vertreterversammlung des Landesverbandes Pommern-Posen-Westpreußen des Deutschen Ostmarkenvereins hat eine Entschließung gefaßt, die auch dem Reichskanzler Hermann Müller zugeleitet worden ist, in der es heißt, daß der Landesverband nach wie vor für die Wiedergewinnung der geraubten Gebiete eintreten werde. Es gehe nicht an, daß das Land, das durch deutsche Arbeit zu einer Kulturhöhe gebracht worden sei, die ihresgleichen suche, und das von Urbeginn an von Deutschen besiedelt und nur zweimal vorübergehend in polnischer Hand gewesen sei, vom Mutterlande getrennt bleibe. Durch die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Danzig werde es dem Polnischen Staat bald gelingen, das Deutschtum auszurotten. Die Landesabteilung des Deutschen Ostmarkenvereins wendet sich mit aller Schärfe gegen Maßnahmen Polens wie die Zerstörung des Bromberger Bismarck-Denkmals. Reichspräsident von Hindenburg wird gebeten, dafür zu sorgen, daß die den Deutschen in Polen zustehenden Rechte strengstens geachtet würden und daß der Handel Danzigs durch weitere Bauten von polnischen Häfen nicht noch mehr als bisher geschädigt werde.

## Der Reichsrat auf der „Pressa".

Besuch in Düsseldorf und Duisburg.

Die Mitglieder des Reichsrats statteten der Pressa-Ausstellung in Köln einen Besuch ab. Oberbürgermeister Dr. ehrenhalber Adenauer begrüßte den Reichsrat in der Abteilerke auf dem Pressagelände. In einem Vortrag veranschaulichte Generaldirektor Dr. Esch das Grundsätzliche und das Wesen der „Pressa". Nach diesen Worten folgte ein Rundgang durch die Ausstellung. Die Besichtigung dauerte bis 4½ Uhr. Dann folgte eine Rundfahrt durch die Stadt und Teile des neuen Köln. Am Abend fand im Rathaus ein festlicher Empfang statt. Oberbürgermeister Adenauer dankte dem Reichsrat dafür, daß er diese Fahrt ins rheinische Land unternommen habe. Exzellenz Boden, der Führer des Reichsrats, sprach dem Oberbürgermeister den Dank für die Aufnahme in Köln und die Bewunderung für die „Pressa" aus. An den Empfang schloß sich eine kurze Dampferfahrt zur Besichtigung der Dom- und der Uferbeleuchtung.

Am Donnerstag besuchte der Reichsrat die Stadt Düsseldorf. Die Reichsratsmitglieder besichtigten das Reichsmuseum für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde und die Ausstellung „Deutsche Kunst 1928". Nach einem Mittagessen erfolgte eine Rundfahrt durch die Stadt und die nähere Umgebung. Im Sitzungssaal des Ständehauses versammelten sich dann die Mitglieder des Reichsrats, um einen Vortrag des Landeshauptmanns Dr. Horion über die Stellung der provinziellen Selbstverwaltung im Gesamtverwaltungsorganismus und über ihr Tätigkeitsgebiet anzuhören. An den Besuch Düsseldorfs schloß sich ein solcher in Duisburg.

## Die deutschen Kriegsverhütungsvorschläge

Schlußsitzung des Genfer Sicherheitsausschusses.

Der Sicherheitsausschuß des Völkerbundes nahm in der letzten Sitzung, die er abhielt, noch drei Musterverträge für Schiedsgerichte und Ausgleiche an. Man gelangte dann zur Hauptfrage der Tagung, dem deutschen Vorschlag zur

**Verstärkung der Mittel der Kriegsverhütung.**

Benesch als Tagungsvorsitzender betonte, daß es sich gegenwärtig nur um eine erste Lesung handle und daß die Staaten in ihren Entschließungen noch frei blieben. Der deutsche Vertreter, Staatssekretär a. D. von Simson, machte dem Sicherheitsausschuß den Vorwurf, daß die deutschen Vorschläge in Genf nicht voll anerkannt worden seien.

**Der auf den deutschen Kriegsverhütungsvorschlägen aufgebaute Entwurf eines Sicherheitsvertrages hat elf Artikel. Während der Artikel 4 davon spricht, daß bei Ausbruch von Feindseligkeiten jede Kontrolle der Völkerbundmaßnahmen dem Rat zustehe, spricht Artikel 5 die Einschränkung aus, daß die Völkerbundkontrolle einstimmig beschlossen sein muß. Damit werden praktisch alle Völkerbundmaßnahmen zur Verhütung eines Krieges illusorisch gemacht, wenn ein Mitglied des Völkerbundrates die Einstimmigkeit der Ratsentschließungen verhindert.**

Der Vorsitzende des Sicherheitskomitees dankte in seiner Schlußrede der deutschen Regierung, die mit ihren Vorschlägen neue Methoden zur Verwirklichung des Sicherheitsgedankens beigebracht habe. Wenn sie auch nicht in ihrer Gesamtheit verwirklicht worden seien, so sei das erreichte Ergebnis doch zweifellos befriedigend.

## Politische Rundschau

### Deutsches Reich

**Deutschnationale Anfrage über die Saar.**

Im Reichstag hat die deutschnationale Fraktion eine Anfrage eingebracht, in der die heutigen Verhältnisse im Saargebiet kritisiert werden. Es wird dabei betont, daß neuerdings in Paris eine Gesellschaft ins Leben getreten ist, die als ihre Ziele angibt Förderung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs im Saargebiet, der ökonomischen, geistigen und kulturellen Zusammenhänge und Annäherungsmöglichkeiten zwischen der französischen und der saarländischen Bevölkerung und einer franko-saarländischen Politik, die, durch die gesamte öffentliche Meinung Frankreichs getragen, durch die französische Delegation in Genf vertreten werden soll. Es wird gefragt, was denkt die Reichsregierung zu tun, um die schwer bedrohten deutschen Lebensinteressen im Saargebiet gegenüber den bereits wirksamen und weiter zu befürchtenden Vergewaltigungen zu schützen?

**Telegrammwechsel Berlin—Paris.**

Nach dem schweren Grubenunglück in Roche-la-Molière (Frankreich) hat der Reichsarbeitsminister in einem Telegramm dem Minister der öffentlichen Arbeiten in Paris und den Hinterbliebenen der Opfer seine aufrichtige Anteilnahme ausgesprochen. Der französische Minister hat dem Reichsarbeitsminister für seine Teilnahme zugleich im Namen der betroffenen Familien herzlichst gedankt.

**Die deutsche Funkstation in Peking beschlagnahmt.**

Aus Peking wird berichtet, daß dort die deutsche drahtlose Station des Transozeandienstes von der Nankingregierung beschlagnahmt worden sei und daß im Zusammenhang damit ein Strafverfahren gegen den deutschen Leiter der Station beabsichtigt werde. Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, mußte in der Tat die drahtlose Station der Nankingregierung übergeben werden, da sie als feindliches Eigentum, nämlich als der ehemaligen Nordregierung gehörend, bezeichnet wurde. Alle Berichte über Meinungsverschiedenheiten zwischen den chinesischen Behörden und der deutschen Gesandtschaft in Peking sind unzutreffend.

### Großbritannien.

**Chamberlain zum Kriegsächtungspakt.**

Auf die Frage, ob er bereit sei, sofort die Zustimmung der britischen Regierung ohne Einschränkung oder Vorbehalte zu dem Kriegsächtungsvorschlag der amerikanischen Regierung zu geben, erklärte Chamberlain im Unterhaus, die abgeänderten Vorschläge der amerikanischen Regierung würden von der britischen Regierung, die im Gedankenaustausch mit den Dominions und Indien stehe, sorgfältig und wohlwollend erwogen. Es wäre verfrüht, für den Augenblick irgendeine weitere Erklärung zu dieser Frage abzugeben.

### Aus In- und Ausland

**Berlin.** Im Reichstag ist ein Antrag der Nationalsozialisten eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, die gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen mit Deutsch-Österreich in dem Sinne und mit dem Ziel des Abschlusses einer deutschen und deutsch-österreichischen Zoll- und Wirtschaftsunion zu führen.

**Wien.** Im Anschluß an die Demission des Justizministers Dr. Dinghofer hielt die großdeutsche Parlamentsfraktion eine Sitzung über die Frage des Nachfolgers ab. Man einigte sich einstimmig auf Dr. Joseph Slama als neuen Justizminister.

**Rom.** Mussolini und der ungarische Gesandte unterzeichneten einen Handelsvertrag, der das bisherige Handelsabkommen ersetzen soll und auf der Meistbegünstigungsklausel aufgebaut ist.

**Dublin.** Die „Bremen"-Flieger Köhl, Hünefeld und Fitzmaurice wurden hier von den irischen Staatsbehörden begrüßt. Sie wurden vom Präsidenten Cosgrave und den Ministern und darauf vom Generalgouverneur empfangen.

**Moskau.** Beim deutschen Botschafter Grafen Brockdorff-Rantzau fand ein Empfang zu Ehren der russischen Historiker statt, die in diesen Tagen nach Berlin abreisen werden, um an dem dort stattfindenden Kongreß der Historiker teilzunehmen.

## Aus der Umgegend

Nebra, 7. Juli.

— **Markt.** Unser Sommermarkt steht bevor, am kommenden Montag und Dienstag wird er abgehalten. Die Anforderung von Verkaufsständen ist wieder recht rege, denn die regelmäßig unseren Markt besuchenden Geschäftsleute wollen ihre Kundschaft nicht vernachlässigen, wenn auch der Mangel an Geldmitteln einen großen Umsatz nicht erhoffen läßt. Wenn die warme Witterung weiter anhält, dann werden aber bestimmt die Gastwirte einen guten Umsatz erzielen, denn die meisten Marktbesucher kommen ja weniger des Kaufens wegen — sie wollen vielmehr einige Stunden sorgenfrei verbringen und das können sie vortrefflich in unseren mit allem Komfort ausgestatteten Gaststätten. Auch für Tanz und sonstige Unterhaltung ist während des Marktfestes aufs beste gesorgt. Wie immer werden diesmal wieder unsere Fleischermeister für das leibliche Wohl durch Feilbietung der pikanten Rostbratwürste bedacht sein, sie wissen, daß der liebliche Duft der über der Glut der Holzkohle sich bräunenden Würste nun einmal zur „Marktlust" gehört und der Genuß einer Rostbratwurst den meisten Besuchern mehr als der feinste Braten gilt. Es zeigt sich immer mehr, daß das Publikum in der Rostbratwurst etwas Reelles sieht und man kann beobachten, daß sie den vielfach feilgebotenen Leckereien oft schwere Konkurrenz macht.

— **Ruderer-Besuch.** Der Jugendruderverband e. V. Berlin veranstaltet in diesem Jahre eine Wanderfahrt auf der Unstrut und Saale. Die Fahrt beginnt am 9. Juli d. J. in Artern. Die Ruderer werden voraussichtlich gegen 18 Uhr in Nebra eintreffen und im Gasthof „Preußischer Hof" übernachten. Die Weiterfahrt erfolgt am Dienstag, den 10. Juli, früh 8 Uhr. An der Fahrt beteiligen sich 31 Jugendrudrer.

— **Die Stadtlichtspiele** lassen zum Jahrmarkt die beiden weltbekannten Filmspieler **Pat** und **Patochon** kommen. Diesmal sind sie Banckhefs. Das wird ein Lachen ohne Ende geben. Auch der zweite Film ist für eine Steigerung der Marktstimmung so recht geeignet. — Auf die angezeigte Vorstellung für die Jugend sei noch besonders hingewiesen.

— **Markt-Konzert.** Unsere Stadtkapelle wird den Marktbesuchern im Schützengarten am Montagnachmittag mit einem Konzert aufwarten. Am Abend ist im Saale großer Ball.

— **Im „Ratskeller"** und im **„Café Zur Burg"** sind weitgehende Vorbereitungen für Marktunterhaltung getroffen. Wir verweisen auf die Ankündigungen im Anzeigenteil.

— **Von der Schule.** Durch Verfügung der Regierung (Abt. für Kirchen- und Schulwesen) ist der Rektor Böttcher aus Bad Liebenwerda, der seit 1. April 1927 die Rektorstelle der achtstufigen Schule in Plessa, Kreis Liebenwerda verwaltet, zum Rektor der Schule in Nebra mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. ernannt. Gleichzeitig ist die Versetzung des Lehrers Sakowski von Nebra an die Schule in Liebenwerda, Kreis Liebenwerda, verfügt.

— **Vorführung eines Unfall-Verhütungsfilmes.** Von interessierter Seite wird uns mitgeteilt, daß die Zuckerberufsgenossenschaft **am Montag, den 9. Juli cr., abends 8 Uhr** im **„Hotel zur Weintraube"** in **Roßleben** einen Unfallverhütungsfilm unentgeltlich zur Vorführung bringt. Allen im Erwerbsleben stehenden Personen, sowie Gewerbetreibenden, Aerzten, Sanitätern usw. ist die Beteiligung an der Vorführung dringend zu empfehlen.

— **Die Aufhebung der Straßensperre** zwischen Kölleda-Bachra wird amtlich bekanntgegeben.

— **Wichtiges für die Sänger, die nach Wien reisen.** Der Vorsitzende des Kreises VII im Deutschen Sängerbund, Herr Oberstudiendirektor Dr. Grüttner-Halle, gibt noch folgende, für alle Sänger des Kreises VII, die nach Wien fahren, wichtige Verkehrsmitteilungen über Hin- und Rückfahrt bekannt, die von allen Sängern beachtet werden müssen. 1. Die Rückfahrtmeldungen haben es ermöglicht, außer dem mit dem Elb-Havel-Sängerbunde gemeinsam verabredeten Sonderzuge, einen Sonderzug für den Sängerbund an der Saale zu bestellen, der am 22. Juli Wien 21,20 Uhr verläßt und in Halle am 24. Juli 16,14 Uhr eintrifft. Fahrpreis 14,40 Mk. 2. Die Fahrpreise für die drei Sonderzüge des Sängerbundes an der Saale, also für die beiden Hinfahrtzüge am 17. Juli um 21,21 und um 23,23 Uhr und für den Rückfahrtszug am 23. Juli um 21,20 Uhr sind vereinsweise auf das Postscheckkonto des Studienrats Dr. Böttger zu Halle beim Postscheckamt Erfurt Nr. 11784 einzuzahlen. 3. Außerdem steht den Sängern des Elb-Havel-Sängerbundes zur Verfügung: am 23. Juli Sonderzug ab Wien (Heiligenstadt) um 9,40 Uhr über Eger, Leipzig, Halle an 24. Juli 5,33 Uhr, Köthen, Calbe, Schönebeck, Magdeburg an am 24. Juli 7.15 Uhr. Die Preise sind ab Wien nach Halle 12,90 Mk., nach Cöthen 13,60 Mk., nach Calbe 14,10 Mk., nach Magdeburg 14,70 Mk. Der Fahrpreis für diesen Zug ist auf das Postscheckkonto der Vereinsbank in Stendal beim Postscheckamt Berlin Konto-Nr. 3250 mit dem Vermerk „Reisekasse Wien" einzuzahlen. 4. Der mit dem Elb-Havel-Sängerbund verabredete Rückfahrtszug am 28. Juli kann nicht zustande kommen, sondern erst von München abgelassen werden. 5. Fahrtunterbrechung ist bei Sonderzügen ausgeschlossen. Die Auskunftsstelle für den Kreis VII sowie das Standquartier des Sängerbundes an der Saale befindet sich im Vereinsheim des Hernalser Männergesangvereins „Liedersinn" in Hernals. Das Platzkonzert des Kreises VII auf dem Heldenplatz in Wien ist vom Wiener Musikausschuß wieder wunschgemäß auf Donnerstag, den 19. Juli, abends 6 Uhr gelegt worden. Den Sangesbrüdern wird geraten, ihren Bedarf an österreichischem Kleingeld vereinsweise einer ihm nahestehenden Bank sofort anzugeben. Für Roßleben hat sich die Gewerbebank bereit erklärt, die Sänger mit dem nötigen Kleingeld zu versehen.

— **Eine Warnung für Schwarzhörer.** Das Pressebüro der Oberpostdirektion teilt uns mit: Von Januar bis März d. J. sind 551 Personen rechtskräftig verurteilt worden, weil sie Funkanlagen ohne Genehmigung errichtet oder betrieben haben. Unter den Verurteilten sind 14 wegen Beihilfe oder Mittäterschaft bestraft. Abgesehen von der Einziehung des Funkgeräts sind recht empfindliche Geldstrafen (bis 150 RM.) verhängt worden.

**Kleinwangen.** Die Verpachtung der Gemeindejagd zeigte, daß für den Jagdsport ein recht reges Interesse vorhanden ist, denn es hatte sich eine stattliche Anzahl Bieter eingefunden. Das Höchstgebot betrug 640 Mk., der Zuschlag wurde einem der drei Höchstbietenden, Herrn Kantor Schmidt für 520 Mk. erteilt.

**Großwangen.** Durch einen sonderbaren Umstand kam am Mittwoch die Frau des Landwirts G. Stops zu schaden. In der Nähe ihrer Wohnung stieß sie mit einem vorüberspringenden Hunde zusammen, kam dabei zu Fall und erlitt einen Beinbruch. Aerztliche Hilfe wurde ihr bald zu teil.

**Roßleben.** Bei dem heute nachmittag über unsern Ort ziehenden Gewitter schlug der Blitz in das Haus des Schuhmachermeisters W. Lerche am Schulplatz. Einige Dachziegeln wurden zertrümmert, aber sonst weiter kein Schaden angerichtet.

**Laucha.** Auf dem hiesigen Friedhofe hat der Gewitittersturm starke Aeste von zwei alten hohen Bäumen gerissen, sodaß mehrere Grabdenkmäler und Einfassungen zertrümmert wurden und so ein arges Bild der Verwüstung boten.

**Freyburg.** (Neueröffnung der Holzschleiferei und Pappenfabrik). Nachdem die hiesige Holzschleiferei von der Firma Schneider, Sangerhausen, käuflich erworben worden ist, wurde der Betrieb am Montag morgen wieder aufgenommen. Vorerst wird man erst eine Menge Instandsetzungsarbeiten in den jahrelang stilliegenden Fabrikräumen vornehmen müssen. Wie verlautet, wird sich die neue Firma in der Hauptsache mit der Herstellung von Kunstpappen oder Maternpappen für Druckereizwecke befassen. Da es derartige Spezialfabriken nur wenige in Deutschland gibt, steht zu erwarten, daß sich der neue Betrieb rentieren wird.

**Querfurt.** Der Obstbauverein in Querfurt veranstaltet in der Zeit vom 13. bis 15. Juli eine Kirschenschau. Gezeigt werden in erster Linie die besten und versandfähigsten Kirschensorten dieses Anbaugebietes, welches bekanntlich unter anderen ganz hervorragende Spätsorten aufweist. Die Schau wird am Freitag, den 13. Juli d. Js. um 16 Uhr eröffnet. Am Sonnabend wird vormittags eine Rundfahrt in die Hauptkirschenorte unternommen und nachmittags findet ein Vortragslehrgang über Kirschenbau statt. Die Schau wird Sonnabend und Sonntag von 8 bis 18 Uhr geöffnet sein.

**Frankenhausen.** Am Sonntag fand hier die Einweihung des neuen **Ebert-Denkmals** statt. Das Denkmal — ein großer kubischer Block auf vier Würfeln — ist auf dem Marktplatz gegenüber dem Rathaus errichtet. Die Weiherede hielt Reichstagspräsident Loebe. Er schilbert den Lebensgang Eberts und seine Bedeutung als großer Staatsmann. Das Ebert-Denkmal sei ein Symbol der neuen Zeit, während in dem Kyffhäuser-Denkmal die alte Zeit symbolisiert sei. — Der 1. Bürgermeister von Frankenhausen, Dr. Bleckmann, übernahm das Denkmal in den Schutz der Stadt. An den Weiheakt schloß sich ein Umzug der zahlreich erschienenen Reichsbannergruppen durch die Stadt an.

**Sangerhausen.** [Riesenbesuch im Rosarium.] Die Zahl der Besucher unseres Rosariums am Sonntag wird einen Rekord bedeuten. Es waren viele Auswärtige in Sangerhausen. Der Verkehr auf dem Bahnhof, namentlich zu den späten Abendzügen, war außerordentlich stark. 3000 Eintrittskarten sind im Rosarium an Fremde verkauft worden. Zu der Zahl der Besucher kommen also noch die zahlreichen Sangerhäuser Abonnenten. Vollbesetzte Ausflugswagen und Privatautos waren aus nah und fern gekommen; sogar aus Braunschweig waren Wagen vertreten. Thüringen hatte viele Gäste gesandt.

**Schkeuditz.** Ein mit Außenarbeit beschäftigter Insasse der Landesheilanstalt Altscherbitz unternahm am Montag einen Fluchtversuch und wollte hierbei durch die Elster schwimmen. Als er das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280707-12/fragment/page=0002

andere Ufer fast erreicht hatte, ging er, wahrscheinlich Herzschlags, unter. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

**Coburg,** 5. Juli. In der vergangenen Nacht ist hier das umfangreiche Fabrik- und Lageranwesen der Papiergroßhandlungsfirma Albert Kälber größtenteils niedergebrannt. Eine große Menge Warenbestände an Papier, Kleiderstoffen und vielen Kleidern und Rohmaterialien verschiedener Firmen, u. a. Nomburg & Co., sowie Breuer & Co., wurden vernichtet. Der Gesamtschaden beziffert sich auf nahezu eine halbe Million Mark Nach dem Polizeibericht wurden mehrere Brandherde festgestellt, so daß der ganze Dachstuhl des Hauptgebäudes gleichzeitig in Flammen stand. Es wird deshalb nach dem Brandstifter gefahndet.

○ **Schreckliche Todesfahrt eines Motorradfahrers.** Ein furchtbares Ende nahm die Motorradprobefahrt eines Mechanikers in Wittingen. Der Motorradfahrer fuhr aus nicht geklärter Ursache auf einen ihm entgegenkommenden Einspänner auf. Dabei drang dem Fahrer eine Scherenstange durch die Brust ins Herz und tötete ihn auf der Stelle.

⊙ **Gelungene Durchquerung des Niagarafalls.** Dem Kanadier Jean Lussier aus Springfield (Massachusetts) gelang es, den Horseshöfall des Niagara in einem eigens zu diesem Zweck hergestellten Gummiball zu durchqueren. Lussier wurde 50 Minuten, nachdem er das kanadische Ufer verlassen hatte, von einem Anwohner am gegenüberliegenden Ufer aufgefischt. Bei Öffnen des Ballons fand man Lussier wohlauf; er zeigte nur einige leichte Quetschungen, die auf die heftigen Bewegungen des Ballons während der Durchfahrt zurückzuführen sind. 150 000 Zuschauer auf den beiden Ufern wohnten der Veranstaltung bei. Es ist dies das drittemal, daß der Niagarafall von einem Menschen durchauert wurde.

⊙ **Im Kanu vom Bodensee nach Dover.** Ein 22jähriger Österreicher namens Fritz Ettelmayer hat in einem leichten Kanu Dover erreicht. Er hatte vor etwa einem Monat seine Fahrt vom Bodensee aus rheinabwärts begonnen und überquerte den Ärmelkanal von Calais aus.

⊙ **Stapellauf des größten Zerstörers der Welt.** In Saint-Nazaire wurde der Torpedobootzerstörer „Verdun" vom Stapel gelassen. In dem Zerstörer besitzt die französische Flotte das bis jetzt größte Kriegsschiff dieser Gattung. Die „Verdun" hat eine Wasserverdrängung von 2690 Tonnen, eine Länge von 130 und eine Breite von 11,80 Metern. Bei einer Maschinenkraft von 70 000 Pferdestärken entwickelt das Kriegsschiff eine Geschwindigkeit von 37 Knoten.

⊙ **Die Witwe des Fliegers Hinchcliffe in Not.** Im Anschluß an die Erklärung Lord Inchcapes, das gesamte Vermögen seiner bei dem Atlantikflug mit dem Kapitän Hinchcliffe ums Leben gekommene Tochter Elsie Mackay im Werte von 10 Millionen Mark dem Staate zu schenken, wird nunmehr bekannt, daß die Witwe Kapitän Hinchcliffe mit ihren zwei Kindern mit schweren wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen hat. Einem Pressevertreter gegenüber erklärte sie, daß die Erklärung Lord Inchcapes ein schwerer Schlag für sie sei, daß sie bereits viermal Lord Inchcape um finanzielle Unterstützung gebeten habe. Die einzige Antwort, die sie damals erhalten habe, sei eine Absage gewesen. Seitdem seien ihre Bittschriften nicht beachtet worden.

⊙ **35 Hitzeopfer in Amerika.** Die Veranstaltungen anläßlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages litten sehr unter einer ungewöhnlich starken Hitze. Insgesamt waren 35 Tote zu verzeichnen.

**Vorläufig keine weiteren Auslandsanleihen für Gemeinden.**

**Berlin.** Die Beratungsstelle für Auslandskredite im Reichsfinanzministerium hat die Begutachtung der ihr vorliegenden Auslandsanleiheanträge der Gemeinden und der Gemeindeverbände nunmehr abgeschlossen und die Auflegung einiger Einzelauslandsanleihen und Sammelauslandsanleihen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes gutgeheißen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, führt der preußische Minister des Innern in einem Runderlaß hierzu aus, mit der Zulassung weiterer Auslandsanleihen könne bis auf weiteres nicht gerechnet werden.

## Auswärtiger Ausschuß einberufen.

**Berlin. Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ist für Dienstag Vormittag zu einer Sitzung einberufen worden, auf deren Tagesordnung der Kellogg-Pakt sowie Fragen des Sicherheitsausschusses der Völkerbundratssitzung stehen.**

## Tragischer Tod eines Großbankiers.

Bankier Löwenstein stürzt in den Kanal.

In der internationalen Finanzwelt wurde kein Name in letzter Zeit so oft genannt wie der des belgischen Bankiers Alfred Löwenstein. Dieser Multimillionär ist jetzt auf tragische Weise ums Leben gekommen. Im eigenen Flugzeug fuhr er von Croydon bei London nach Brüssel. Unterwegs wollte Löwenstein den Waschraum aufsuchen, irrte sich aber dabei in der Tür und öffnete die Ausgangstür des Flugzeuges.

**Er stürzte aus mehreren hundert Metern Höhe ins Meer.**

Das Flugzeug ging sofort in der Nähe von Dünkirchen nieder. Aber angesichts der hereinbrechenden Dunkelheit konnte es nichts mehr ausrichten und flog nach kurzem Aufenthalt nach Calais weiter.

Das Flugzeug war mit allem erdenklichen Luxus ausgestattet und hatte eine Geschwindigkeit von fast 200 Kilometern pro Stunde. Es wird auch an die Möglichkeit eines Selbstmordes des Finanzmannes gedacht. Bei dem schnellen Flug wurde Löwenstein von einer Luftkrankheit erfaßt und suchte deswegen angeblich die Toilette auf.

Löwenstein besaß auch in Biarritz eine glanzvoll eingerichtete Villa, in der er sich einen Teil des Jahres, umgeben von einem ganzen Regiment von Sekretären und Dienern, aufhielt. Vor zwei Jahren wurde dort ein Millionendiebstahl ausgeführt. Um seine Gäste in Biarritz unterzubringen, hatte er noch ein halbes Dutzend anderer Villen zu seiner Verfügung.

Sein Vermögen läßt sich naürlich nicht genau angeben; es wurde auf 100 Millionen Dollar geschätzt.

## Orkanschäden im ganzen Reich.

Schlesien in Not.

Auf das heiße Wetter und den plötzlichen Temperaturrückgang folgte in Mitteleuropa ein Sturm, der in den verschiedensten Gegenden die Stärke acht verzeichnete und eine Geschwindigkeit von 60 Kilometern in der Stunde erreichte. Am schwersten wurde Schlesien betroffen. In Preiskretscham ist durch das schwere Unwetter der Schornstein einer Ziegelei eingestürzt. Dabei wurden

**vier Personen getötet**

und drei schwer verletzt. Im Wasserwerk Zawada stürzte ein Schornstein auf eine Autogarage, in die Arbeiter vor dem Unwetter geflüchtet waren. In Gleiwitz ist ebenfalls eine Person durch Einsturz eines Schornsteines einer Ziegelei getötet worden. Bei dem Wirbelsturm, der die Stadt Guben heimsuchte, wurde ein Obststand an der Großen Neißebrücke

**samt der Verkäuferin über das Geländer hinweg in die Neiße geschleudert.**

In der Crossener Straße zersplitterte der Sturm einen Baum, dessen Äste im Niederstürzen die elektrische Lichtleitung zerrissen. In ganz Schlesien sind ungeheure Ernteschäden entstanden.

Eine Windhose und eine Regenhose wüteten zugleich vom Brocken bis Wernigerode. Eine Anzahl Dächer wurde abgehoben und fortgeschleudert. Der Sturm riß in Wernigerode ein Flugzeug aus der vierfachen Verankerung und schleuderte es 10 Meter hoch in die Luft.

Großer Schaden wurde u. a. in Landberg a. d. Warthe, Kolberg und Karlsruhe angerichtet. In den bayerischen Alpen waren mehrere Todesopfer zu beklagen.

Auch an der japanischen Küste hat ein Zyklon einige Ortschaften erheblich beschädigt. Insbesondere die Städte Zassebo, Zuruga und die Insel Hokaido haben schwer gelitten. 20 Fischerboote werden vermißt. Der Schiffsverkehr im Chinesischen Meer ist stillgelegt.

## Urteil im Moskauer Sabotage-Prozeß.

Moskau, 6. Juli Das mit Spannung erwartete Urteil im Prozeß gegen zahlreiche im Donezbezirk tätig gewesene Ingenieure wurde heute früh verkündet. Von den 53 Angeklagten werden **11 zum Tode** verurteilt, 34 erhielten Gefängnisstrafe von 1 bis 10 Jahren, 4 Angeklagte, **darunter die deutschen Ingenieure Otto und Meyer, wurden freigesprochen.** Der dritte deutsche Angeklagte, Badstieber, erhielt 1 Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist. — Dieser Ausgang des Prozesses war vorauszusehen. Die Sowjetgewaltigen brauchen eine Ablenkung der Massen von ihrer Mißwirtschaft und wie die bisherigen Vorgänge im Sowjetparadies dartun, kommt es auf Menschenleben nicht an, wenn durch wahllose Erschießungen der Zweck erreicht wird.

## Kursbericht vom 5. Juli 1928

mitgeteilt vom

**Bankverein Artern, Spröngerts, Büchner & Co., Abteilung Nebra.**

| | |
|---|---|
| Deutsche Anleihe Ablösungsschuld mit Auslosungsrecht | 51,40 % |
| " " " ohne " | 17,60 " |
| 7% Prov. Sächs. Ldschftl. Goldpfandbriefe | 86,50 " |
| 8% " " " " | 93,90 " |
| 7% Dtsch. Hyp.-Bank Meiningen Goldpfandbr. | 90 " |
| 8% " " " " | 98 " |
| 7% Mitteldeutsche Boden-Credit A.-G., Goldpfandbr. | 89,50 " |
| 8% " " " " " | 97,25 " |
| Deutsche Bank | 165 " |
| Dresdner Bank | 165 " |
| Commerz- und Privatbank | 186 " |
| Hallescher Bankverein | 129,75 " |
| Hapag | 163⅝ " |
| Norddeutscher Lloyd | 154,25 " |
| AEG (Allg. Elektr. Ges.) | 175 " |
| IG Farben | 265 " |
| Ilse Bergbau | 249 " |
| Mansfelder Bergbau | 114⅜ " |
| Riebeck Montan | 154,25 " |
| Phönix Braunkohlen | 84,50 " |
| Westeregeln Alkali | 268,50 " |
| Leipziger Landkraftwerke | 95 " |
| Zellstoff Waldhof | 309,50 " |
| Wanderer-Werke | 148 " |
| Adlerwerke | 108,50 " |
| Riebeck-Brauerei | 154,50 " |
| Braunschweigische Maschinen | 86 " |
| Sturm A.-G. | 75,25 " |
| Kyffhäuserhütte | 60 " |
| Eisenwerk Brünner | 25,50 " |

## Voraussichtliches Wetter

Am 8. Juli: Sonne, Wolken, kühler, strichweis gewitterhaft, Regenfälle.
Am 9. Juli: Veränderlich, Wind, warm, später teilweise Gewitter, kühler.
Am 10. Juli: Sonne, Wolken, ziemlich warm, meist trocken, Strichgewitter.
Am 11. Juli: Sonne, Wolken, vielfach schwül, gewitterig, dann kühler, Wind.
Am 12. Juli: Sonne, Wolken, warm, Wind.
Am 13. Juli: wenig verändert.
Am 14. Juli: heiter, Wolkenzug, angenehm, Wind.

## Kirchliche Nachrichten

**5. Sonntag nach Trinitatis,** den 8. Juli 1928.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst.
¼12 Uhr vorm: Kindergottesdienst in der Kirche (ältere Abtlg.).
¼12 Uhr vorm: Kindergottesdienst im Gemeindesaal (jüngere Abtlg.)
Abends 8 Uhr: Bibelbesprechstunde für junge Mädchen.
Mittwoch Abend ¼9 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal.
Freitag Abend 8 Uhr: Jungfrauenverein.
Getauft wurde am 1. Juli Anni Ursula Rosel Klauser. Am 2. Juli Karl Ernst Wicht. Beerdigt wurde am 1. Juli Das Söhnchen des Arbeiters Hermann Eberlein, Walter Karl Eberlein im Alter 3 Monaten 26 Tagen.


**Schützenhaus**

Am Montag, den 9. Juli, von nachm. 3 Uhr ab

**Grosses Garten-Konzert**

Abends 8 Uhr

**Großer Fest-Ball**

**bei vollbesetztem Orchester.**

Es laden freundlichst ein

**F. Rönecke.** **R. Janda.**


# Lache Bajazzo

ROMAN VON J. SCHNEIDER-FOERSTL

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU I. SA

(8. Fortsetzung.)

Feßmann ging nach der Tür eines Nebenzimmers und bat seine Frau mit den Augen ihm zu folgen. „Entschuldige uns für zehn Minuten, Joachim! Auf dem Schreibtisch findest du Bücher."

Als der Doktor kurze Zeit später wieder eintrat, sah er eine Tausend-Schillingnote neben seinem Notizblock liegen. „Joachim!" Beide seiner Hände hoben sich langsam und streckten sich Hettingen entgegen.

Der lachte. „Komm, mein Alter, mach nicht solch ein Gesicht, als hätte ich dir die schwerste Kränkung zugefügt. Es soll nur ein Darlehen sein, das du mir bei Gelegenheit wieder zurückgeben kannst, wenn es dich drückt. Mehr nicht. Und nun sprich nichts weiter darüber und verdirb deiner Frau den Abend nicht, den ich euch beiden so schön als möglich gestalten will."

Und dann kam Hilde in schlichtem, weißem Kleid, das ihr etwas unendlich Keusches, Mädchenhaftes gab. Ihre Augen ruhten groß auf Hettingens Gesicht wurden plötzlich starr und glasig und von quälender Angst erfüllt.

Ein Erschauern, als ob ein Kältestrom sie durchrieselte, ging über ihren Körper

„Was ist?" Feßmann sprang auf sie zu und legte den einen Arm um ihre Mitte. „Bist du nicht wohl?"

Ihr Blick hing noch immer abwesend an Joachim. Besorgt sah Hettingen in ihr weißes Gesicht „Wollen wir lieber zu Hause bleiben, gnädige Frau?"

Seine Worte brachten sie zum völligen Erwachen. „Es ist nichts, wir können gehen!" Ihre Augen standen wieder groß und ruhig, nur die schmalen Hände, mit denen sie das aschblonde Haar aus der Stirne strich, zitterten noch wie im Schrecken nach

Ehe Feßmann draußen die Flurtüre ins Schloß drückte, hielt sie ihn einen Moment am Aermel seines Mantels zurück. „Erinnere mich an etwas, wenn wir nach Hause kommen! Aber vergiß nicht, Hans! Vergiß nicht! Es wäre fürchterlich."

„Gewiß Kind! Ich werde nicht vergessen." Sie vorsichtig unterfassend, führte er sie die Treppe hinab.

* * *

Die märchenhafte Deckenbeleuchtung des Parkhotels warf Brände von Licht auf den blattgrünen Riesenteppich des Vestibüls, über dem sich die zartfarbenen Wedel indischer Palmen zur steilgewölbten Kuppel streckten.

Die breiten Glastüren zum großen Speisesaal glitten zurück, als Hettingen eine Nische für sich und seine Begleiter wünschte.

Von der erhöhten Balustrade grüßte die Musik des dreißig Mann starken Orchesters, dessen Dirigent der Zigeuneraristokratie angehörte. Gedämpftes Sprechen — verhaltenes Lachen! Ueber die Blumen hinweg, die sich auf blendend weißem Damast hochstreckten, flogen brennende Frauenblicke zu dem Kapellmeister, dessen Augen unter tiefschwarzen Wimpern verschleiert lagen.

Hildes Blick ruhte auf den blütenzarten Nacken und Wangen der Vertreterinnen ihres Geschlechtes, auf deren wundervoll gewelltem Haar, deren kostbaren Toiletten aus Seide, Georgette und Lamee mit dem funkelnden Geschmeide darüber.

„Ich passe nicht herein!" dachte sie ganz entsetzt und sah an ihrem einfach schlichten weißen Kleid herab, das obendrein ihr bestes war. Wie ausgestoßen aus der Gesellschaft kam sie sich vor und wünschte nichts, als von hier weg in ihre ärmlich stille Häuslichkeit fliehen zu können, wo niemand als der geliebte Mann um sie war.

Feßmann hatte alles beobachtet, das Staunen und dann das rasche Beschauen ihrer eigenen Person. Er las vollkommen klar in der Seele seines Weibes. Arme Hilde!

Als er nach einer Viertelstunde für ein paar Minuten allein mit Hettingen saß, sprach er resigniert ermüdet: „Du hättest uns nicht hierherbringen sollen, Achim! — Bei mir zu Hause dieses Elend und hier das Gegenteil davon. — Es ist nicht meinetwegen, aber meine Frau, fürchte ich, findet sich nicht mehr so leicht zurecht. Ich kann ihr nichts bieten, als was ich ihr bisher geboten habe: Meine Liebe!"

„Ist die nicht mehr wert als all der Tand?" frug Joachim gütig.

Im selben Augenblick kam Hilde zurück, mit einem Glänzen in den Augen und einem hauchzarten Rot auf den Wangen. Eine Sekunde später öffnete der Boy die . tbemalte Glastüre und ließ eine Dame in weißem, mit Silberspitzen besetztem Kleide eintreten, die wie Schneekristalle im Lichtgefunkel der vielen tausend Kerzen aufflammten. Sie nickte dem Herrn, in dessen Begleitung sie sich befand, lächelnd zu.

„Poldl!" rief Hettingen.

Dann bereute er.

„Verzeih! Ich habe nur an mich gedacht!" sagte er leise abbittend zu Feßmann gewandt.

„Mach dir keine Sorgen deshalb, Achim!" Der Doktor erhob sich, ging Maria Richthofen einige Schritte entgegen und führte deren Rechte an seine Lippen. „Gestatten Sie, Schwester Brunhilde," sagte er zu seiner Frau geneigt: „Fräulein Richthofen und deren Bruder, mein Freund Leopold."

Ein sekundenlanges Forschen von Aug zu Aug, dann sprang Richthofens gesundes Lachen über den Zwang der Minute hinweg. „Schwester Brunhild! — Hast du nicht so gesagt, Hans? — Da werd ich gleich morgen krank! Meinetwegen zum Sterben. Wann man von solchene Handerln pflegt wird, nachher kann man leicht still haltn, eine Wochen oder zwei."

„Sie sind wohl noch nicht lange bei Herrn Doktor Feßmann tätig?" hörte Hilde Maria Richthofen fragen. Ein leiser Spott klang in den Worten mit, der die Wangen der jungen Frau in eine rosenfarbene Glut tauchte.

Der Arzt fühlte, wie das Blut in seinen Adern pulste. Durchschaute Maria Richthofen seine Lüge? Es war ja soviel wie ausgeschlossen! Niemand wußte von seiner Ehe. Sie trugen keine Ringe und gaben sich auch sonst nicht wie verheiratete Leute. Das stimmte ihn wieder sicher. Sein Blick ruhte kühl und überlegen in denen Marias. „Hettingen hatte die Güte, uns beide für den Abend einzuladen. Schwester Brunhilde braucht notwendig ein bißchen Ablenkung und Ausspannung nach dem ewigen Einerlei bei mir!"

Der Baron fühlte, wie ihn der Blick des jungen Mädchens streifte. Für einen Sekundenbruchteil verschoben sich ihre Mundwinkel zu feiner Ironie, und die langen Seidenwimpern senkten sich zur Hälfte über die tiefblauen Sterne.

Ich möchte sie wundküssen — dachte Hettingen und wußte nicht, wie weltverloren sein Blick an ihren rosenfarbenen Lippen hing.

Maria fühlte sein Anstarren und verglich in raschem Schauen ihre mit Hilde Feßmanns Person. „Sind Sie immer bei Herrn Doktor beschäftigt?" wandte sie sich an die junge Frau.

Ein scheues „Ja!"

Der Doktor hätte so gerne seine Hand auf die des armen gequälten Weibes gelegt. Aber es ging nicht. So sagte er nur in aller Gelassenheit: „Schwester Brunhilde ist mir unentbehrlich."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280707-12/fragment/page=0003

# Zum Jahrmarkt beachten Sie bitte meine Ausstellungen

Eine äusserst reichhaltige Auswahl bietet Ihnen mein Lager in allen Artikeln / Sie finden nur gute Qualitätswaren zu anerkannt billigen Preisen!

## Friedrich Krey, Inhaber: Emil Krey

---

Leni Schäfer
Hans Waldau
VERLOBTE

Nebra a/U. (z. Zt. Leipzig) Berlin
2. Juli 1928

---

**Bekanntmachung.**

Am Sonntag, den **8. Juli d. Js.** ist eine verlängerte Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe und zwar von $7^1/_2$ bis $9^1/_2$ Uhr und von **12** bis **18** Uhr gestattet. Während des Hauptgottesdienstes darf ein Handelsbetrieb nicht stattfinden.

Nebra, den 5. Juli 1928. **Die Polizeiverwaltung.**

**Bekanntmachung.**
**Betrifft: Bebauungsplan.**

Gegen den über das Gelände nördlich und nordöstlich der Stadtlage aufgestellten Bebauungsplan sind während der Auslegungsfrist keine Einwendungen erhoben worden. Der Bebauungsplan wird nunmehr gemäß § 8 des Baufluchtliniengesetzes förmlich festgestellt und zu jedermanns Einsicht offengelegt.

Der Plan kann im Rathause, Zimmer Nr. 2, jederzeit eingesehen werden.

Nebra, den 5. Juli 1928. **Der Magistrat.**

**Bekanntmachung.**

Es sollen folgende Bauarbeiten vergeben werden:

a) Dielung und Abputz eines Klassenzimmers mit Zementputz, Streichung des Zimmers mit Leimfarbe und Herstellung eines Oelsockels,
b) Herstellung einer neuen Aschengrube und Instandsetzung einer alten Aschengrube,
c) Streichung der Wände und der Decke des Ratskellersaales mit Leimfarbe,
d) Ausbesserung des Fußbodens eines Zimmers im Rathause,
e) Ausführung verschiedener Maurer- und Zimmererarbeiten im Armenhause.

Es wird um Besichtigung der auszuführenden Arbeiten und Einreichung von Kostenanschlägen gebeten.

Nähere Angaben über die Ausführung der Arbeiten werden im Magistratsbüro erteilt.

Nebra, den 6. Juli 1928. **Der Magistrat.**

**Bekanntmachung.**

Der Magistrat beabsichtigt einen jungen **Ziegenbock** anzukaufen. Angebote baldmöglichst erwünscht.

Nebra, den 6. Juli 1928. **Der Magistrat.**

---

**Café „Zur Burg"**

Sonntag und Montag
**Grosser Dielenbetrieb**
Vorzügl. Getränke Alle Sorten Gebäck
**EIS**
Es ladet freundlichst ein
**Oswald Möder**

---

**Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof**

**Montag, den 9. Juli,** 3 und $8^1/_4$ Uhr:
**„Bankhaus Pat und Patachon"**
ferner:
**„Charlie tut was er kann"**
Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**
**Nachmittag Kindervorstellung.**

---

**Auf zum Jahrmarktsrummel im**
**Ratskeller!**

Ab 4 Uhr nachmittags
**Elite-Ball**
Gutgepflegte Oettler-Biere — $^3/_{10}$ Glas = 25 Pfg.
**ff. Sahne-Eis Kaffee-Gebäck**
**Ia. Unterhaltungsmusik**
**Dienstag: Frühschoppen — Gesellschaftskegeln.**
Freundlichste Einladung! **Franz Koch und Frau.**

---

In Nebra zum **Jahrmarkt** gibt es wieder die
**bekannt billigen**
**Emaillewaren**
Ein jeder muß sich überzeugen bei
**Firma Meta Winter aus Thale a. H.**
Inh.: **Wilh. Schuch,** Thale a. H.
Stand neben der Apotheke.

---

**Achtung! Der Achtung!**
**Leipziger Kurzwaren-Bazar**
**ist zum Jahrmarkt in Nebra wieder da!**

Groß sei die Auswahl
Billig die Preise

Einige Beispiele
Hier sind meine Preise:

| | |
|---|---|
| 100 Stück Reißzwecken | 10 Pfg. |
| 5 Rollen Stopfgarn in allen Farben | 25 „ |
| 2 Dutzend Ia Wäschekn̈öpfe mit verf. Oese | 14 „ |
| 5 Stück Sternzwirn, Leinen | 20 „ |
| 1 Brief Nähnadeln, Selbsteinfädler (für schwache Augen) | 20 „ |
| 200 Stück Stecknadeln | 10 „ |
| 3 Pakete Haarnadeln | 10 „ |
| 4 Pakete Lockennadeln | 10 „ |
| 1 Dutzend Patentknöpfe | 10 „ |
| 3 Stück Taschentücher, bunt | 90 „ |
| 3 Stück Taschentücher, weiß | 90 „ |
| 6 Stück Kragenknöpfe | 10 „ |
| 3 Rollen Maschinenzwirn, 200 m | 50 „ |
| 1 Rolle 4fach Obergarn, 1000 m, Ia | 70 „ |
| 3 Dutzend Druckknöpfe, Marke „Prym" | 20 „ |
| 6 Stück Aluminium-Kaffelöffel | 50 „ |
| 6 Stück Eßlöffel, Aluminium | 100 „ |
| 1 Dutzend Stahlfedern | 10 „ |
| 1 Paar Herrensockenhalter, von 25 Pfg. an | |
| 1 Paar Herrenhosenträger, Gummi, „Herkules" | 100 „ |
| 3 Stück Frottee-Waschlappen | 55 „ |
| 1 Dutzend Schnürsenkel, 1 m lang | 50 „ |
| 1 Dutzend Schnürsenkel, 70 cm lang | 40 „ |
| 4 Stück Damenbinden, gefr. | 90 „ |
| 1 Damengürtel | 75 „ |

Ferner offeriere eine große Auswahl in **Leinen-, Zwirn-, Perlmutter- und Zelluloid-Knöpfen, Leinen- u. Schürzen-Bändern, Staub-, Taschen- u. Frisierkämmen, Küchenmessern, Kaffee-, Kinder- und Aluminium-Löffeln usw.**

Alles zu billigen Preisen! Trotz aller billigen Preise gewähre ich Mitbringern dieses Inserates beim Einkauf von 2.— RM.
**eine Windmühle**
und beim Einkauf von 2.50 RM.
**ein Schock Klammern gratis.**
**Stand am Rathaus.**
Erkenntlich an der grünen Fahne mit der Aufschrift:
**Leipziger Kurzwaren-Bazar • L. Zeer**
aus Leipzig.

---

**Preussisch. Hof**

Anläßlich der Anwesenheit von Mitgliedern des
**Jugend-Ruder-Verbandes, Berlin**
am Montag, den 9. Juli, abends im kleinen Saale
**Gemütliches Beisammensein.**
Spezialität: **Fürst Pückler-Sahneeis.**

---

**Sonnabend, Sonntag, sowie Montag**
**zum Jahrmarkt**
**ff. engl. Fett-Bücklinge**
**Nebra Wwe. Meitz**

---

**Sprechtag**
am Dienstag, den **10. Juli,** 12—13 und am Mittwoch, den **11. Juli,** 12—13 Uhr im „Weißen Roß" zu Nebra.
**Poppe,**
Rechtsbeistand, Wiehe.

---

**Ia Eiderfettkäse 20%**
9 Pfd. = Mk. 6.30 franko
**Dampfkäsefabrik Rendsburg.**

---

**Buchdruckerei Wilhelm Sauer**
**ROSSLEBEN a/U.**
liefert
**Werbedrucke / Prospekte**
**Kataloge**
**Privat- und Vereins-**
**Drucksachen**
in erstklassiger Ausführung

---

**Miele**
**Melkmaschine**

Einfach
Betriebssicher
Dauerhaft
Preiswert
Die Merkmale aller Miele Erzeugnisse

**Mielewerke A.G.**
**Gütersloh/Westfalen**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280707-12/fragment/page=0004

# Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 79 — Sonnabend, den 7. Juli 1928 — 41. Jahrgang

## „Beamtenknigge.“

Der neue Reichsarbeitsminister hat einen Erlaß an seine Beamten herausgegeben. Das würde in der Hauptsache nur diese Beamten interessieren, wenn dieser Erlaß nicht eine Angelegenheit betreffen würde, an der viel weitere Kreise großes Interesse hätten. Diese Kreise sind nämlich — das „Publikum“, weil der Erlaß eine Art „Beamtenknigge“ darstellt. Den „Umgang der Behörden mit Menschen“ behandelt. Und diese „Menschen“ werden „behördlicherseits“ als „Publikum“ zu einem Begriff und — bisweilen — zu einer sehr unangenehmen Erscheinung gemacht.

Friedrich der Große hat einmal gesagt, er fühle sich als erster Diener des Staates. Man könnte dieses Wort variieren und — als „Publikum“ — in den Wunsch umstellen, daß jeder Beamte sich als Diener dieses Publikums fühlen sollte. Daß alle Beamten, gleichgültig, ob hoch oder niedrig, ihren alleinigen Daseinszweck darin erblicken, Diener zum Wohle aller zu sein. Daß sie immer daran denken — und demgemäß auch danach handeln —, für die anderen, für alle Staatsbürger da zu sein und zu arbeiten.

„Nur nichts mit den Behörden zu tun haben“ — dieses Wort hört man auch heute noch sehr oft. Möge es bald verschwinden! Der Beamte ist Repräsentant der Staatsmacht und Staatsgewalt, in ihm verkörpern sich die Rechte des Staates, durch seinen Mund oder durch seine Feder treten die Forderungen des Staates an seine Bürger heran. Unerbittliche, teilweise auch unangenehme Forderungen, denen man ächzend und seufzend nachzukommen hat. Ganz unleidlich aber wird es, wenn diese Forderungen noch in einer Art und Form gestellt werden, die den nichtbeamteten Staatsbürger sozusagen als „Objekt der Regierung“ behandeln.

„Hilfsbereites Eingehen auf Fragen und Wünsche fördert die Sache,“ heißt es in dem Erlaß — aber ein Erlaß bleibt nur auf dem Papier stehen, wenn der Beamte sich nicht als Diener des Publikums fühlt. Und das Publikum nicht schließlich zur Behörde geht in dem Bewußtsein, dort gerne und willig Rat, Hilfe und Unterstützung zu finden. Erfreulicherweise darf man sagen, daß diese Bereitwilligkeit, dieses Entgegenkommen, dieses „Dienen dem Publikum gegenüber“ sich in unserer Behördenorganisation schon weitgehend durchgesetzt hat, aber — der Beamte ist schließlich auch bloß ein Mensch. Seine Tätigkeit ist Menschenwerk mit allen Fehlern und Mängeln. Wen aber die Sorge drückt, wer um sein Dasein ringt, vergißt im Verkehr mit den Behörden vielleicht hier und da einmal, daß seine Sorge, sein Einzelschicksal nicht allein Gegenstand behördlicher Bearbeitung ist, sondern, daß viele, viele andere in der gleichen Lage sind. Dann kommt es zu Zusammenstößen, erregten Szenen, Schroffheiten — auf beiden Seiten. Und wenn erst der „Krach“ da ist, dann schadet es auch wieder beiden Seiten.

Eigentlich brauchte der „Beamtenknigge“ nur den einen Satz zu enthalten, daß nämlich der Beamte mit dem Publikum so verkehrt, wie es auch sonst im Leben selbstverständlich ist. Dem Fragenden und Ratsuchenden so gegenübertritt, wie er wünscht, selbst als Fragender oder als Ratsuchender, als Wünschender, und Entscheidungsuchender behandelt zu werden. Dann würde unangenehme Kürze und Schroffheit leicht vermieden werden. „Psychologische“ Behandlung dessen, der an den Schreibtisch des Beamten herantritt, ist eine Selbstverständlichkeit, die nur den Nachteil hat, im Massenbetrieb heutiger Behördenarbeit oft unbeachtet zu bleiben. Obwohl es sich gar häufig dabei um Schicksalsentscheidungen handelt.

Auch auf den „Schriftverkehr“ geht der Erlaß des Reichsarbeitsministers ein. „Nichts erbittert mehr als langes Warten auf Entscheidung, besonders auf fällige Zahlung.“ Davon können viele, viele ein lautes Klagelied singen — aber der objektiv Urteilende wird nicht vergessen, welch ungeheuerlichen Umfang die Behördenarbeit von heute angenommen hat. Daß sie täglich höher anschwillt. Die Beamten selbst sind daran nicht schuld oder nur zu geringerem Teil und mancher von ihnen mag darüber stöhnen, daß allzuviel „regiert“ wird, die Behörden ihre Hände in all und jedem haben müssen, die Arbeit infolgedessen kaum zu bewältigen ist. Eine wirkliche Reform sollte hier den Hebel ansetzen und z. B. einmal sämtliche Polizeiverordnungen auf ihre heutige Zweckmäßigkeit und Entbehrlichkeit prüfen, wie das zurzeit in Berlin geschieht. Dann wird sich vieles, vieles ändern. Wird das endlose und maßlose Schreibwerk wirklich und nicht bloß „auf Grund einer behördlichen Verordnung“ mindern.

## Große Aussprache im Reichstag.

### Reservierte Haltung der Redner.

**Berlin, 4. Juli.**

Selbst die lebhafteste Schreibseligkeit kann sich unmöglich zu der Behauptung aufschwingen, der Beginn der Aussprache zur gestrigen Regierungserklärung habe an dieses immerhin etwas turbulente Ereignis eine aufrüttelnde Fortsetzung geknüpft. Die bisher zum Wort gekommenen Redner waren sichtlich bestrebt, kühlen Kopf und kühles Herz zu bewahren. Man will abwarten. Während draußen ein Gewittersturm über Berlin hinbrauste und die Bäume des das Reichstagsgebäude umgebenden Tiergartens derartig drangsalierte, daß sie baumstarke Zweige verloren und diese in solcher Fülle um das Gebäude herumstreuten, daß es aussah, als ob der Wald von Dunsinan gegen das Hohe Haus heranrückte, blieben die Gemüter im Saale friedlich gesinnt. Die Nationalsozialisten erhoben zwar flammenden Protest gegen die Beschränkung der Redezeit für die nicht fraktionsstarken Gruppen und Grüppchen, mußten sich aber dem Entscheid der Mehrheit fügen, obwohl einer ihrer Leute auf die Bemerkung vom Präsidentenstuhl aus, es sei so auch vor 1914 verfahren worden, verwundert fragte, warum denn eigentlich eine Revolution gemacht worden sei.

Präsident Löbe erklärte dann im Anschluß an einige Zeitungsauseinandersetzungen die Stellung der drei Vizepräsidenten des Reichstages als durchaus gleichwertig und gleichgeordnet und stellte ferner unter heiterer Zustimmung fest, daß das Niederlegen von irgendwelchen — wenn auch nützlichen — Gegenständen auf den Tisch des Hauses ohne vorherige Erlaubnis des amtierenden Vorsitzenden einen groben Verstoß gegen die gebotene Ordnung darstelle. Das bezog sich auf das Unternehmen der Kommunisten am Vortage, die ein Seifenpaket zur „Reinigung der Regierung“ herangeschleppt hatten.

Nun hob Abgeordneter Breitscheid von der im Kabinett präsidierenden Sozialdemokratie an, seiner Meinung Ausdruck zu geben. Er gab freimütig zu, es handele sich bei dem Regierungsprogramm tatsächlich um ein Kompromiß, zu dem sich die Sozialdemokratie, die allein noch nicht stark genug sei, im Interesse Deutschlands verstanden habe, um so das Beste für die Arbeiterschaft unter den gegebenen Verhältnissen herauszuholen.

Graf Westarp, der Führer der Deutschnationalen, fand trotz wohlabgewogener Redeweise charakteristische Wendungen genug, um sein Mißtrauen gegenüber dieser sechzehnten Regierungserklärung seit dem Bestehen der Republik deutlich werden zu lassen. Die Not der Landwirtschaft fand in ihm einen besonders warmempfindenden Schilderer. Hier forderte er Taten und verwies auf die Bestrebungen des vorigen Kabinetts, dessen der neue Kanzler ganz und gar vergessen hätte in seiner Antrittsrede, ebenso wie des schwer leidenden Ostens. Für die Erhaltung der christlichen Schule richtete er Mahnworte an das mit den Sozialdemokraten jetzt zusammengehende Zentrum und die Deutsche Volkspartei. Beifall bei seinen Freunden fand er bei der ironischen Bemerkung, die Regierungserklärung käme ihm vor wie manche moderne Operette — viel verwaschene Melodien, wenig Neues und Originelles.

Für das Zentrum selbst verlas Dr. Perlitius eine wohlabgewogene schriftliche Erklärung, die vorsichtig über zurückhaltende Sätze nicht hinausging. Ein neuer Mann der Kommunisten, Ewert-Thüringen, trug mit manchen Spitzen gegen die sozialdemokratischen Halbbrüder das kommunistische Dogma vor, dann sprach der Volksparteiler Scholz, dem die Anzahl der Minister als zu groß erscheint.

*

Abg. Dr. Haas (Dem.) bedauert die Methoden, nach denen bei der Bildung der neuen Regierung gearbeitet worden sei. Die Demokratische Partei sei mit dem Inhalt der Regierungserklärung einverstanden und begrüße die klaren Erklärungen zur Außenpolitik.

Abg. Drewitz (Wirtschaftspartei) wies den Vorwurf zurück, daß die Wirtschaftspartei vor der Übernahme der Verantwortung sich hätte drücken wollen. Abg. Leicht (Bayr. V.) wies darauf hin, daß die Regierung kein Koalitionskabinett sei, so daß die Mitglieder der in ihr vertretenen Parteien nicht in ihrer Haltung gebunden seien. Abg. Döbrich (Christl.-Nationale Bauernpartei) begrüßt die Anerkennung der landwirtschaftlichen Notlage im Regierungsprogramm. Die völlige Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents dürfe jedoch nicht länger aufgeschoben werden. Von den Deutschnationalen ist ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingegangen, der auf die Tagesordnung für Donnerstag gesetzt wird.

## 261 Stimmen für Kabinett Müller.

[illegible] …s Reichstag.

[illegible] …erlin, 5. Juli.

[illegible] …Reichstagsausschüsse [illegible] …en, für die besetzten [illegible] …rden sollen. Ferner [illegible] …litischen Aussprache [illegible] …stischen Vertrauens- [illegible] …an am Vortage noch [illegible] …litischen Aussprache

[illegible] …er

[illegible] …r die Geschäfte der [illegible] …orgänger den Dank [illegible] …en Malen mit Ein- [illegible] … geführt habe. Er [illegible] …isse aber nicht, ob [illegible] …parlamentarisch re- [illegible] …erhalten Dann sei [illegible] …erklärung vermißt [illegible] …rderung nationaler [illegible] … die Erklärung der [illegible] …essen des deutschen [illegible] … Wort deutsch müsse [illegible] …ung durch national. [illegible] …ine

[illegible] …terien

[illegible] …en, was auf diesem [illegible] … im Interesse des [illegible] …so dargestellt werde, [illegible] …total Verfehltes ge- [illegible] …ser Verfassung alle [illegible] …t, es hätte die Ein- [illegible] …lagen und die In- [illegible] …hrheit.) Die Ver- [illegible] … schlecht sein könne, wie sie oft gemacht werde. In seiner außenpolitischen Kritik, so fuhr der Kanzler fort, habe Graf Westarp eine klare Stellungnahme zu dem Programm vermißt, das er als

**Krisis der Locarnopolitik**

bezeichnet. Es handele sich dabei um nichts anderes als um Räumung der besetzten Gebiete und hier habe die Regierungserklärung klar und unzweideutig den deutschen Standpunkt klargelegt. Auch die von drei Seiten gemachten Versuche, in das Rheinlandprogramm hineinzureden, seien in nicht mißzuverstehender Weise zurückgewiesen worden. Er müsse auch den Vorwurf zurückweisen, als sei man ängstlich der Behandlung der Ostfragen ausgewichen. Es sei bestimmt betont worden, daß der bisherige Kurs in der Außenpolitik weiterverfolgt würde. Es bestünde deshalb kein Grund, anzunehmen, daß in der

**Frage des Ostlocarnos**

der bisherige Standpunkt verlassen werde. Der oberschlesischen Schulfrage werde die Regierung sich selbstverständlich mit großem Interesse annehmen. Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag werde das Kabinett in der nächsten Woche unter Hinzuziehung der bisherigen Unterhändler Stellung nehmen. Bezüglich des

**Panzerkreuzers A**

verwies der Kanzler auf die von der vorigen Regierung akzeptierte Reichstagsentschließung, wonach vor dem 1. September nochmals geprüft werden soll, ob nicht wegen mangelnden Gleichgewichts im Haushalt eine Einschränkung der Ausgaben notwendig sei und der Weiterbau des Panzerkreuzers vorläufig eingestellt werden müsse. Die Entscheidung läge also bei der Reichsregierung und der Wehrminister werde sich wegen Prüfung der Kostenfrage rechtzeitig mit dem Finanzminister in Verbindung setzen. Daß die Einbringung eines Schulgesetzes nicht so einfach sei, hätte das Auseinanderfallen der letzten Reichsregierung bewiesen. Es bestünden keine Zweifel, daß jede Reichsregierung gewillt sein müsse, ein der Verfassung entsprechendes

**Schulgesetz**

vorzulegen. Über Einzelheiten könne erst gesprochen werden, wenn die notwendigen Vorarbeiten geprüft seien. Der Kanzler erklärte zum Schluß, die Regierung sei für jede sachliche Kritik dankbar. Sie bitte, ihr genügend Zeit zu geben, um an die Verwirklichung der in der Regierungserklärung formulierten Aufgaben heranzugehen. Sie werde das tun in dem Bewußtsein, ihre ganze Kraft einsetzen zu müssen für das Wohl des deutschen Volkes.

Abg. Dr. Oberfohren (Dtn.) erklärte, von allen Verlegenheiten, die in der Regierungserklärung vorhanden gewesen seien, sei die stärkste wohl die gewesen, daß der Reichskanzler behauptet habe, diese Regierung stände nunmehr auf festgefügtem Grunde. Der Redner besprach dann Steuerfragen und warnte vor Steuersenkungen, die meist große Gefahren für den Etatsausgleich zur Folge hätten. Eine Sanierung der deutschen Finanzverhältnisse sei nicht eher möglich, als bis nicht das Mißverhältnis aus der Welt geschafft werde, daß diejenigen, die Steuern beschlössen, sie nicht zu bezahlen brauchten. Die

**Steuerbelastung der mittleren Volksschichten**

sei allerdings zu einer Gefährdung der deutschen Kultur geworden. Der Redner forderte, daß vor allem mit dem Staatssozialismus endlich Schluß gemacht werde. Der internationalen Solidarität stelle die Deutschnationale Volkspartei die Idee der Volksgemeinschaft entgegen, die von heißem Freiheitsdrang und heißer Freiheitsliebe erfüllt sei und die Eigenwirtschaft des Volkes sichern wolle.

### Finanzminister Dr. Hilferding

wandte sich dann gegen die deutschnationale Behauptung, daß Helfferich die deutsche Währung gemacht habe. Aus politischen Gründen, um die Unterstützung der Landwirtschaft und auch der Deutschnationalen Partei zu erhalten, hätte er sich damals auf Kompromisse mit Helfferich eingelassen. Er hätte aber das Projekt Helfferich grundlegend geändert und insbesondere den gefährlichen Gedanken der Anknüpfung des Goldwerts an den Roggenwert beseitigt. Die Stabilisierung hätte erst vorgenommen werden können, nachdem die Ruhrkredite schon vermindert und dann völlig eingestellt worden seien. Während der Rede des Ministers machten die Kommunisten

**wiederholt stürmische Zwischenrufe,**

die den Präsidenten Löbe zu zahlreichen Ordnungsrufen an kommunistische Abgeordnete veranlaßten.

Abg. Straßer (Nat.-Soz.) nannte den 28. Juni den Schicksalstag des deutschen Volkes. Am selben Tage sei der Mord von Serajewo geschehen, hätte Reichskanzler Müller das Todesurteil Deutschlands unterschrieben und am gleichen Tage sei er wieder Reichskanzler geworden. In der Regierungserklärung hätte man nichts weiter gehört, als daß sich die Regierung für

**Verbrecher, Mörder und Lumpen**

einsetzen wolle durch Aufhebung der Todesstrafe und daß sie das deutsche Volk herausfordern wolle, um den Tag, an dem die Barmat-Republik geboren wurde, zu feiern. (Präsident Löbe erklärt. für die Bezeichnung „Barmat-Republik“ erteile er dem Redner einen Ordnungsruf.) Der Redner begründete dann die Einbringung des Vertrausvotums für das Kabinett. Als er den Reichsfinanzminister einen in Ostgalizien geborenen negroiden Juden nannte, erhob sich bei den Sozialdemokraten

**ein Entrüstungssturm.**

Präsident Löbe erklärte, daß es sich hier um eine ungewöhnliche Beschimpfung eines Kabinettsmitgliedes handle, infolgedessen er den Abg. Straßer von der Sitzung ausschließe. Unter allgemeiner Unruhe verließ der Abgeordnete den Sitzungssaal.

Abg. Alpers (Deutsch-Hann.) wandte sich gegen die Zentralisierungsbestrebungen im Reiche und gegen die preußische Hegemonie.

Abg. Hillebrand (Deutsche Bauernpartei) sagte Unterstützung der Regierung bei allen Maßnahmen zu, die zugunsten des Bauernstandes getroffen werden sollten.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Dtn.) erklärte, es sei seiner Fraktion infolge Beschränkung der Redezeit nicht mehr möglich, auf die Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding einzugehen. Damit schloß die Aussprache.

### Die Abstimmung.

Zur Abstimmung lagen der kommunistische und der deutschnationale Mißtrauensantrag, der Billigungsantrag der Re-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280707-12/fragment/page=0005
DFG